

Weiterführende Schule im Ortsteil Reckenfeld?

Ist bei einer Veränderung der Schullandschaft in Greven eine weiterführende Schule am Standort Greven-Reckenfeld wünschenswert und realisierbar?

Da in den letzten Wochen im Zuge der Schuldiskussion immer häufiger Leserbriefe mit mehr oder weniger qualifizierten Aussagen veröffentlicht wurden, wollen wir die Fakten noch einmal auf den Punkt bringen, um die Debatte zu versachlichen.

Die Frage, ob eine weiterführende Schule im Ortsteil Reckenfeld "wünschenswert" ist, wird von uns eindeutig mit JA beantwortet. Es wäre ein Aushängeschild für Reckenfeld und für die Entwicklung des Ortes förderlich.

Der Wunsch alleine reicht aber erfahrungsgemäß nicht aus, es gehört schon einiges mehr dazu. Wie die Schullandschaft in Greven künftig aussehen wird, wissen wir noch nicht, wir arbeiten dran. Jeder von uns hat eine andere Vorstellung von "idealer Schule", aber es gibt Vorgaben des Landes NRW, an denen man nicht vorbei kommt, und die gilt es auch in Reckenfeld zur Kenntnis zu nehmen.

Vorgaben zur Errichtung einer Gemeinschafts- oder Gesamtschule

- ein Schulentwicklungsplan der Stadt Greven befürwortet die Einrichtung,
- eine Elternbefragung der Betroffenen stimmt mit Mehrheit zu,
- eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden ist durchgeführt,
- ein Schulgebäude, entsprechend den Vorgaben, steht zur Verfügung,
- die Schule sollte nach Möglichkeit vierzünftig sein, muss aber mindestens dreizünftig sein,
- die Schülerzahl ist mindestens pro Zug 23, also 69 Schüler gesamt,
- die Schule wird im gebundenen Ganzttag geführt,
- die Einrichtung einer zusätzlichen Schule darf den Bestand bereits existierender Schulen nicht gefährden.

Vorgaben zum Schulgebäude

- 18 Klassenräume für drei Züge *mal 6 Schuljahre*
- zzgl. weitere 10 Nebenräume für Naturwissenschaften, Werken, Handarbeiten usw.
- eine Zweifachturnhalle
- 680 qm Nebenräume für Forum, Aufenthalt, Biblio-/Mediothek usw.
- eine Mensa und ca. 540 qm Fläche für Ganztagsbetreuung.

Das bedeutet, eine Einrichtung in der alten Hauptschule wäre nur mit einem Kostenaufwand von mehreren Millionen € zu verwirklichen. Das gleiche gilt für einen Neubau an einer anderen Stelle. Da in der Gesamtstadt Greven ausreichend Schulraum für alle Schüler zur Verfügung steht, wird bei derzeitiger Kassenlage keine Aufsichtsbehörde dieser Geldausgabe zustimmen. Als Nachhaltig wäre dieses Verhalten auch nicht zu bezeichnen, da die gleichen Kinder, die wir mit kurzen Wegen erfreuen wollen, genau diese Schulden eines Tages bezahlen müssten.

Aus den oben aufgeführten Argumenten ergeben sich zwangsläufig folgende Fragen an die Bürgerinitiative "für eine weiterführende Schule im Ort":

- Wie lassen sich die gesetzlichen Vorgaben umsetzen?
- Wo kommen die erforderlichen Geldmittel her?
- Wo kommen die benötigten Schülerzahlen her? Derzeitige Geburtszahlen reichen für eine Dreizügigkeit nicht aus.
- Sagt eine Befragung im Ort unter dem Stichwort: "Sind sie für eine weiterführende Schule vor Ort und für einen geordneten Schulbusverkehr" mehr aus als eine zielgerichtete Befragung der Stadt Greven?
- Gibt es eine Erklärung, warum nur 21 von 221 Eltern bei der Befragung in der Grundschule sich dezidiert für eine weiterführende Schule im Ort ausgesprochen haben?
- Woher bekommt man eine Legitimation, für "die Eltern" in Reckenfeld zu sprechen?

Gibt es andere Schulmodelle, die in Reckenfeld unter o.a. Vorgaben umsetzbar sind?

Vorgeschlagen wurde auch das "Modell der Wartburgschule Münster" zu prüfen. Dieses Modell hat sich als Grundschule in den letzten Jahren ausgezeichnet, als weiterführende Schule müsste sie erst einen Prozess mit entsprechendem Konzept und Personal durchlaufen. Andere Modelle, die z.Zt. in NRW erprobt werden, sind auf Reckenfeld nicht übertragbar, da andere Voraussetzungen in den jeweiligen Orten vorliegen und diese nicht einfach übernommen werden können.

Zusammenfassung

Wir sind realistisch genug festzustellen, dass unter gegebenen Umständen

und aufgrund der Vorgaben eine Veränderung der Schullandschaft in Reckenfeld z.Zt. nicht möglich ist, aber vielleicht gibt es ja neue Erkenntnisse bei den derzeitigen Planungen.

Bei allen unterschiedlichen politischen Ansichten ist es der Sache nicht dienlich, ständig in Leserbriefen dem politischen Gegner Unfähigkeit, Verschlafenheit, Vernebelungstaktik, mangelndes Demokratieverständnis, usw. vorzuwerfen. Sinnvoller wäre es, Vorschläge vor Veröffentlichung auf Realisierbarkeit und Gesetzmäßigkeit zu prüfen und anschließend zur Diskussion zu stellen.

Bund Politik Bundesrat 40/716 Günter
R. R. SPD-Reckenfeld
G. Schlick FDP-Fraktion
Franz-Josef Holzer CDU-Fraktion